



Brandinspektorenlehrgang (B-IV) **„Beschaffungen, Ausschreibungen“**

1/2 Rechtsgrundlagen Vergabe

Gliederung Unterrichtseinheit

- Haushaltsgrundlagen
- Vergabearten
- Wahl der Vergabeart
- Wertung der Angebote
- sonstige Vorgaben

Gesetzliche / Rechtliche Grundlagen

•Haushaltsrecht:

- Grundgesetz (GG), Hess. Verfassung (HV)
- Hessische Gemeindeordnung (HGO)
- Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO)
- Verwaltungsvorschriften (VV zu)

•Vergaberecht

- Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)
- Vergabeverordnung (VgV)
- Hessische Vergabe- & Tariftreuegesetz (HVTG)
- ggf. Verwaltungsinterne Richtlinien
- Gemeinsamer Runderlass HMWEVL – hier Anwendung:
Vergabeordnung für
 - Liefer- / Dienstleistungen ((EG) VOL)
 - Bauleistungen ((EG) VOB)

Gesetzliche / Rechtliche Grundlagen

•Ausschreibungsinhalt:

- Hess. Gesetz über den Brandschutz, die (HBKG)
- Bedarfs- & Entwicklungsplan (BeP)
- Brandschutzförderrichtlinie (BSFRL)
- Normen (DIN / EU-Norm)
- technische Spezifikationen (TS)
- Förderbescheid
- sonstige z.B.: HFDV, Erlasse, usw.

Haushaltsrechtliche Grundlagen

HGO

- § 92 (2) *„Haushaltswirtschaft ist sparsam und wirtschaftlich zu führen.“*
- § 96 (1) *„Der Haushaltsplan ermächtigt den Gemeindevorstand,
Auszahlungen zu leisten und Verpflichtungen einzugehen.“*
- § 101 (1) *„Die Gemeinde hat ihrer Haushaltswirtschaft eine fünfjährige
Ergebnis- und Finanzplanung zu Grunde zu legen.“*

Haushaltsrechtliche Grundlagen

GemHVO

- § 12 *„Bevor Investitionen von erheblicher Bedeutung beschlossen werden, ist unter mehreren in Betracht kommenden Möglichkeiten durch einen Wirtschaftlichkeitsvergleich,, die für die Gemeinde wirtschaftlichste Lösung zu ermitteln....“*
- § 29 *„Es sind die mit Verwaltungsvorschriften der für das öffentliche Auftragswesen, der für kommunale Angelegenheiten und der für Finanzen zuständigen Ministerinnen und Minister bekannt gegebenen Vergabegrundsätze anzuwenden.“*

Vergaberechtliche Grundlagen

EU-Vergabe:

- GWB
- VgV
- teilw. HVTG
- EG VOL / EG VOB

Wenn EU-Schwellenwerte
erreicht oder überschritten

Freie Quellen Vergaberecht:
www.rv.hessenrecht.hessen.de
www.absthessen.de

Nationale Vergabe:

- HVTG
- VOL
- VOB
- ggf. verwaltungsinterne
Vorschriften
- Ausnahmen wenn < 10.000 €

Wenn EU-Schwellenwerte
unterschritten

Vergabearten

EU-Vergabe:

- Offenes Verfahren
- Nichtoffenes Verfahren
- Sonstige

Nationale Vergabe:

- Öffentliche Ausschreibung
- Beschränkte Ausschreibung*
- Freihändige Vergabe*
- Direktvergabe

* ggf. mit
Interessenbekundungsverfahren

EU-Vergabe:

Der Auftraggeber kann frei wählen

Offenes Verfahren (§15 GWB)

- öffentliche Aufforderung zur Angebotsabgabe europaweit
- Frist bis zur Abgabe i.d.R. min 35 Tage
- Prüfung der Eignung im Rahmen der Angebotswertung

Nichtoffenes Verfahren (§16 GWB)

- öffentliche Auff. zur Abgabe eines Teilnahmeantrages europaweit
- anschließend Prüfung der Eignung der Bieter und Aufforderung zur Abgabe von Angeboten an eine vorher festgelegte Anzahl geeigneter Bieter
- Frist bis zur Abgabe Teilnahmeantrag i.d.R. min 30 Tage
- Frist bis zur Angebotsabgabe nach Aufforderung i.d.R. min 30 Tage
- Keine Eignungsprüfung bei der Angebotswertung mehr möglich

Nationale Vergabe:

Öffentliche Ausschreibung

- Vorrangiges Vergabeverfahren (Grundsatz)
- öffentliche Aufforderung zur Angebotsabgabe nationale Ebene
- Frist bis zur Abgabe soll angemessen sein
- Prüfung der Eignung im Rahmen der Angebotswertung

Bei vorliegen bestimmter Gründe, oder bei Unterschreitung der aktuellen Schwellenwerte KANN ein abgestuftes Vergabeverfahren gewählt werden

Nationale Vergabe:

Beschränkte Ausschreibung

- Aufforderung zur Abgabe von Angeboten an vorher als geeignet bekannte Bieter (dürfen nicht immer die gleichen sein)
- Frist bis zur Abgabe soll angemessen sein
- Keine Eignungsprüfung bei der Angebotswertung mehr möglich
- Je nach Vergabesumme kann ein Interessenbekundungsverfahren erforderlich sein
- soll künftig einem Wahlrecht zur Öffentlichen Ausschreibung obliegen

Nationale Vergabe:

Freihändige Vergabe

- kein förmlich vorgegebenes Vergabeverfahren
- Wirtschaftlichkeit des Auftrages muss geprüft und dokumentiert sein
- Je nach Vergabesumme kann ein Interessenbekundungsverfahren erforderlich sein
- unter Umständen darf nachverhandelt werden

Direktvergabe

- i.d.R. bei Vergabe für Kleinaufträge
- kein Preisvergleich, wenn deren Aufwand die mögliche Einsparung übersteigen würden
- bei wiederkehrenden Aufträgen Wechsel der Auftragnehmer

Schwellenwerte EU-Vergabe

vgl. § 106 GWB

Liefer- und Dienstleistungen

	bis 31.12.2017**	ab 1.1.2018
➤ Öffentliche Auftraggeber:	209.000 €* *	221.000 € *
➤ Auftraggeber Sektoren / Bereich Verteidigung und Sicherheit	418.000 €* *	443.000 € *
➤ Oberste und obere Bundesbehörden nach Beschaffungsabkommen GPA:	135.000 €* *	144.000 € *
➤ Sonderregime DL (seit 18.4.16)	750.000 €* *	

Bauleistungen

➤ Bauleistungen	5.225.000 €* *	5.548.000 € *
Konzessionen DL /Bau:	5.225.000 €* *	

**EU-Verordnung 2015/2170,
bzw. 2071 bzw. 2072 v. 24.11.2015

*netto

Immer aktuell auf:

<https://www.absthessen.de/recht-europa-schwellenwerte.html>

Ablauf Vergabeverfahren

Grundsätzliches Vergabeverfahren: Öffentliche Ausschreibung

Ausnahmen sind ohne Vorliegen anderer Voraussetzungen zulässig, wenn folgende Auftragswerte (Vergabefreigrenzen) nicht erreicht werden:

	Beschränkte Ausschreibung	Freihändige Vergabe
Bauleistungen je Fachlos	1.000.000 €	100.000 €
Lieferungen und Leistungen je Auftrag	207.000 €	100.000 €

Bei Wahl der Verfahren nach Freigrenzen haben Interessenbekundungsverfahren vorab zu erfolgen, bei geschätzten Vergabesummen von Bauleistungen > 100.000 € und Lieferleistungen > 50.000 €.

Alle Summen sind netto (ohne Ust.)

Vergabesumme § 3 VgV

(1) Bei der Schätzung des Auftragswerts ist vom voraussichtlichen Gesamtwert der vorgesehenen Leistung ohne Umsatzsteuer auszugehen.

(2) Die Wahl der Methode zur Berechnung des geschätzten Auftragswerts darf nicht in der Absicht erfolgen, die Anwendung der Bestimmungen des Teils 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen oder dieser Verordnung zu umgehen. Eine Auftragsvergabe darf nicht so unterteilt werden, dass sie nicht in den Anwendungsbereich der Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen oder dieser Verordnung fällt.

Angebotswertung § 17 HVTG / auch § 16 VOL

§ 17 HVTG

(1) Der Zuschlag darf nur auf das unter Berücksichtigung aller Umstände wirtschaftlichste Angebot erteilt werden. Der niedrigste Preis allein ist nicht entscheidend.

....

(3) Bei der Beurteilung der Angemessenheit sind die Wirtschaftlichkeit des Angebots, die Nachhaltigkeit, die gewählte technische Lösung und Eigenschaft, der technische Wert,, die Zweckmäßigkeit,, Betriebskosten,,, der Kundendienst und die technische Hilfe sowie die Qualität und andere günstige Ausführungsbedingungen je nach Auftragsgegenstand zu berücksichtigen.

§ 3 HVTG

(1).... Diese Anforderungen sowie alle anderen Zuschlagskriterien und deren Gewichtung müssen in der Bekanntmachung und in den Vergabeunterlagen genannt werden.

Sonstige wichtige Vorgaben (nicht abschließend)

Bei EU-Vergaben § 134 GWB (Wartefristen)

(1) Öffentliche Auftraggeber haben die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

(2) Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden.

Sonstige wichtige Vorgaben (nicht abschließend)

- Verbot der Bevorzugung ortsansässiger Unternehmen
- Tariftreue der Auftragnehmer muss gewährleistet sein
- Bekanntmachungen min. über die Hess. Ausschreibungsdatenbank (HAD)
- Grundsätzlich soll in Lose / Gewerke aufgeteilt werden
- Vergabeverfahren darf nur gestartet werden, wenn Mittel bereit stehen
- Angebote bleiben bis zur Ende der Abgabefrist verschlossen
Öffnung im Vieraugenprinzip - bei Bauleistungen mit Submission
- Verhandlungsverbot, es dürfen nur Inhalte aufgeklärt werden
- Auskömmlichkeit muss sicher sein, kein Zuschlag auf Fantasie-Angebote